

Geplante Unterkunft soll deutlich geringere Kapazität haben

BAD HOMBURG Kontingent wird auf mehrere Standorte verteilt – Projekt-Wettbewerb wird neu ausgeschrieben

Dass im Ober-Erlenbacher Gewerbegebiet Steinmühlstraße Flüchtlinge untergebracht werden sollen, war seit längerem bekannt. Immerhin hatte die Stadt entsprechende Mittel im Haushalt veranschlagt und Anschlüsse legen lassen. Wann und wie viele Menschen kommen sollen, war lange unklar. Nachdem Gerüchte aufkamen, alles könne nun sehr schnell gehen, der Kreis Ende November einen Teilnahmewettbewerb für eine Unterkunft für mindestens 400 Menschen und einem Bau auf einer Brache bis Ende Februar aus-

lobt hatte, gab es Irritationen im Ort. Zumal die Stadt bestätigte, im 500 Meter entfernten Gebäude, das derzeit von den Stadtwerken genutzt wird, ebenfalls im nächsten Jahr 90 Geflüchtete unterzubringen.

Gestern gab es dann eine Reaktion der Verwaltungen in Form einer Pressemitteilung: „Nach eingehender Beratung haben sich der Hochtaunuskreis und die Stadt Bad Homburg darauf verständigt, einen neuen Weg bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen einzuschlagen.“

Die Kapazität der geplanten Gemeinschaftsunterkunft des Hochtaunuskreises in der Steinmühlstraße 12c soll demnach auf 150 Personen begrenzt werden; Kreis und Stadt sehen so „die spezifischen Anforderungen des Stadtteils Ober-Erlenbach besser berücksichtigt“. Zuvor hatte es Befürchtungen gegeben, die Infrastruktur des Ortes könne nicht ausreichen. Außerdem bleibt es bei den Planungen, dass die Stadt Bad Homburg im jetzigen Stadtwerkegebäude in der Steinmühlstraße 26 weitere 90 Geflüchtete unterbringt. Im Rathaus geht man von einem Zeitpunkt Mitte des Jahres aus. Es soll diverse Integrationsangebote und ehrenamtliche Betreuung geben. Zudem werde in der Einrichtung verstärkt Sozialarbeit geleistet.

Die neuen Pläne für das derzeit noch unbebaute Grundstück haben nun eine andere Dimension, deswegen wird auch der ursprüngliche Planungsprozess neu angestoßen. „Zur Realisierung dieses Vorhabens wird ein neuer sogenannter Teilnahmewettbewerb zur Errichtung der Unterkunft initiiert“, heißt es dazu.

Klar ist aber auch: Bad Homburg muss sein Kontingent übernehmen. Deswegen prüfe die Stadt Bad Homburg, so heißt es in der Mitteilung weiter, „weitere mögliche Standorte

im gesamten Stadtgebiet außerhalb von Ober-Erlenbach, an denen weitere geflüchteten Menschen untergebracht werden können“.

Angeichts der anhaltenden Zuweisung von Geflüchteten stehe der Landkreis vor der Herausforderung, in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden neue Gemeinschaftsunterkünfte zu entwickeln, um die von Bund und Land zugewiesenen Personen unterzubringen.

Stadt und Kreis kündigen Bürgerinformation an

„Selbstverständlich wird es auch Bürgerinformationsveranstaltungen geben, in denen über die Planung und Entwicklung der Einrichtungen informiert wird“, versprechen Stadt und Kreis. Diese Veranstaltungen sollen dazu dienen, „Betreiber und Ansprechpartner der Einrichtung vorzustellen, Informationen zu liefern, Fragen zu beantworten und die Besorgnis der Bürger ernstzunehmen.“

Unterdessen hat sich im Bad Homburger Ortsteil eine Bürgerinitiative (BI) mit dem Namen „Gemeinsam für Ober-Erlenbach“ gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine „Massenunterkunft an einem Ort“ zu verhindern. Nach Informationen dieser Zeitung haben sich vier Vertreter der

BI am Donnerstagvormittag mit Landrat Ulrich Krebs (CDU), der Kreisbeigeordneten Katrin Hechler (SPD), Bad Homburgs OB Alexander Hetjes und Bürgermeister Oliver Jedynek (beide CDU) getroffen. In dem Gespräch war dann bereits die verringerte Zahl von 150 Personen für die neue Unterkunft kommuniziert worden. „Das ist immerhin eine positive Entwicklung“, sagte BI-Sprecher Harald Dietrich. Allerdings habe man nach wie vor Sorge, dass der Ort überfordert werde. „Die Infrastruktur ist bereits jetzt schon völlig überlastet“, erklärt die Bürgerinitiative und nennt als kritische Punkte Nahversorgung, Kinderbetreuung, Schule, medizinische Versorgung, Kläranlage und Sicherheit.

In der Erklärung heißt es zudem: „Ganz klar möchten wir differenzieren, dass wir nicht gegen Flüchtlinge, sondern für ein sicheres und friedliches Ober-Erlenbach aktiv werden, in dem wir auch sicherstellen können, dass eine angemessene Zahl von Flüchtlingen in die Gemeinschaft unseres Ortes integriert werden kann.“ Die BI verstehe sich als ein überparteiliches Bündnis und arbeite selbstverständlich partnerschaftlich mit den örtlichen politischen Gremien wie etwa dem Ortsbeirat zusammen.

hko/mak



Auf der Brache in der Steinmühlstraße soll nach Gesprächen zwischen Stadt und Kreis eine Unterkunft für 150 Geflüchtete entstehen. FOTO: HKO